

Unsere Zitatsammlung wird laufend ergänzt. Sollten Sie Anmerkungen haben, wenden Sie sich gern an presse@betterpolice.de

Selbstverständnis BetterPolice

BetterPolice ist eine offene Interessengemeinschaft mit Sitz in Berlin, die sich für eine demokratische, menschenrechtsorientierte und diskriminierungskritische Polizei einsetzt. BetterPolice bringt bewusst Menschen zusammen, die polizeiliches Handeln aus unterschiedlichen Perspektiven kennen: diejenigen, die davon betroffen sind, und diejenigen, die die Polizei aus ihrer beruflichen Praxis heraus verstehen. Unsere Arbeit setzt auf Dialog, Aushandlung und die Entwicklung positiver Narrative.

Unsere Ziele:

- Wissen vermitteln - Eine gut informierte Öffentlichkeit ist die Grundlage für Veränderung.
- Ins Gespräch bringen. Für mehr Verständnis und echte Beteiligung.
- Kritisch fragen: Welche Rolle soll die Polizei in einer gerechten Gesellschaft spielen?

Wir betrachten aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen sehr genau. Autoritäre, faschistische und demokratiegefährdende Bestrebungen in Deutschland, Europa und weltweit, die Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus und die aktuellen Entwicklungen in den USA mit der damit einhergehenden Gleichschaltung der Polizei zeigen: Wir müssen auch unsere Exekutivorgane mit Sorge und erhöhter Aufmerksamkeit im Blick behalten. Besonders als Menschen mit Erfahrungen in und mit der Polizei müssen wir uns gegen demokratiefeindliche Bestrebungen vernetzen und positionieren. Unsere Exekutive kann nur so gut sein, wie ihr demokratisches Fundament.

Polizeigewerkschaften / Statement und Differenzierung

Im Vergleich zu Polizeigewerkschaften handelt es sich bei BetterPolice nicht um eine Berufsvereinigung von Polizist*innen, die die Arbeitsbedingungen von Beamt*innen verbessern möchte, sondern um eine offene Interessengemeinschaft mit dem Ziel, in konstruktiver Art und Weise strukturelle Probleme anzusprechen und Lösungen vorzuschlagen.

Letzte Generation

Die Letzte Generation entstand 2021 und ist eine Gruppe innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung. Die markanteste Aktionsform waren Straßenblockaden, bei denen sich einige Unterstützer*innen mit Sekundenkleber oder anderem Material an Straßen festklebten. Der Protest der Gruppe ist eine Form des zivilen Ungehorsams.

Der Protest richtete sich weder gegen die Zivilgesellschaft noch gegen die Polizei. Sie richtete sich an die Regierung.

Die Legitimität des Protests der Letzten Generation liegt darin, dass sie gewaltfrei, offen und unter Klarnamen agierte und sich damit klar von Extremist*innen unterscheidet, die die freiheitlich demokratische Grundordnung angreifen. Der Chef des Bundesverfassungsschutzes, Thomas Haldenwang, stellte klar, dass die Letzte Generation NICHT extremistisch ist.

Extremistisch seien Gruppen immer dann, »wenn der Staat, die Gesellschaft, die freiheitlich demokratische Grundordnung infrage gestellt wird«, führte Haldenwang aus. »Und genau das tun die Leute ja eigentlich nicht.« Die »Letzte Generation« sage im Grunde: »He, Regierung, ihr habt so lange geschlafen, ihr müsst jetzt endlich mal was tun«, sagte Haldenwang weiter.

»Also, anders kann man eigentlich gar nicht ausdrücken, wie sehr man dieses System eigentlich respektiert, wenn man die Funktionsträger zum Handeln auffordert.«

Straftaten allein kennzeichnen nicht automatisch eine extremistische Gruppierung. Und selbst, wenn einzelne Straftatbestände erfüllt sind, zeigen zahlreiche eingestellte Verfahren und Freisprüche, dass das Handeln der Letzten Generation nicht Grund für politische Vorwürfe sein kann.

Die Verfahren, in denen es um den Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung im Sinne von §129 StGB geht, halten wir für absurd.

Zu den regelmäßigen Vorwürfen in Bezug auf das Bilden von Rettungsgassen weisen wir darauf hin, dass auch andere "bequemere" Proteste wie auch Veranstaltungen Staus verursachen. Die Unterstützer*innen der Letzten Generation hatten zu jeder Zeit die Möglichkeit, eine Rettungsgasse freizugeben, da die Menschen auf den mittleren Positionen der Blockaden nie festgeklebt waren. Wenn durch Autofahrende keine Rettungsgasse gebildet wird, kann dies nicht in der Verantwortung der Protestierenden liegen. Darüber hinaus bemühte sich die Letzte Generation - genauer die Polizeivernetzung der Letzten Generation - insbesondere zur großen Protestwelle in Berlin im April / Mai 2023 - mit Feuerwehr und Polizei Kontakt aufzunehmen, um zu besprechen, wie Rettungsgassen besser sichergestellt werden können. Die entsprechenden Anfragen wurden nicht beantwortet, ein verabredetes Treffen mit Vertreter*innen der Feuerwehr kurzfristig abgesagt.

Der Umgang mit Engagierten in Protestbewegungen in Deutschland, insbesondere auch mit der Letzten Generation, ist ein Grund dafür, dass zivilgesellschaftliche Freiheiten in Deutschland laut [Veröffentlichung der globalen Forschungsplattform CIVIS Monitor](#) seit 2025 als eingeschränkt bewertet werden.

Wir finden: Das ist gefährlich.

Wir finden weiterhin: Ein Rechtsstaat muss die Wirksamkeit gewaltfreien Protests inklusive des zivilen Ungehorsams für eine Demokratie anerkennen und diese Meinung auch oder sogar erst Recht Menschen zugestehen, die von Beruf Polizist*innen sind.

Disziplinarverfahren gegen Chiara Malz

Aufgrund des Straftatbestandes aus § 353d StGB ist es nicht möglich, alle wesentlichen Inhalte des laufenden Verfahrens mitzuteilen. Auch, wenn wir uns in dieser Hinsicht gern transparent zeigen würden.

Im Zusammenhang mit ihrem Engagement bei der Letzten Generation und einem Vorfall zwischen ihr und einem Vorgesetzten werden Chiara Verstöße gegen das Mäßigungsgebot, die Neutralitäts- und Verfassungstreuepflicht, die Wohlverhaltenspflicht und die Beratungs- und Folgepflicht vorgeworfen.

Das Verfahren bewerten wir seinem Inhalt und der Verfahrensführung nach als nicht ergebnisoffen und nicht neutral, sondern vielmehr als politisch beeinflusst. Wir schließen uns der Einschätzung von Prof. Dr. Hartmut Aden, Polizeiforscher der HWR Berlin, an, dass hier der Versuch vorliegen könnte, eine Kritikerin zum Schweigen zu bringen. Es müsse letztlich um konkrete Verfehlungen im Dienst oder um Verstöße gegen die Mäßigungspflicht gehen, sagt Aden. „Und die sehe ich im Fall von Frau Malz mit den angeführten Vorwürfen nicht.“

Chiara wird durch Herrn Dr. Gregor Gysi anwaltlich vertreten. Er sagt, dass das Disziplinarverfahren „weder ergebnisoffen noch verhältnismäßig“ geführt wurde. Die Unterstellung, dass Chiara irgendwelche Straftaten gutheiße, sei schlicht falsch. „Ich sehe keine Disziplinarverletzung durch meine Mandantin“, sagt er. Seine Gesprächsangebote an die Bundespolizei, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, seien abgelehnt worden. Das Problem sei, so Gysi, dass die Polizei „nicht akzeptieren will, dass es solche unterschiedlichen Auffassungen auch in der Polizei geben muss, weil sie anderenfalls die Gesellschaft nicht repräsentativ widerspiegelte“.

Außerdem wird Chiara durch die Gesellschaft für Freiheitsrechte inhaltlich und finanziell unterstützt. Diese sieht in dem Verfahren gegen Chiara ein „missbräuchliches Verwaltungshandeln“. Die offene Gesellschaft brauche „demokratisch eingestellte, kritische Beamt*innen“, sagt GFF-Anwalt Joschka Selinger. „Dazu zählt auch, dass diese sich privat in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen positionieren, ohne dafür Sanktionen zu befürchten.“ Dass Chiara sich in der Klimabewegung engagiere, sei als Ausübung ihrer grundrechtlich garantierten Freiheitsrechte, nicht als Dienstvergehen anzusehen.

Coming soon:

Rassismus in der Polizei
Alternative für Deutschland